

Längst überfällig: Holzhandel zum TÜV - oder stilllegen, was keine Vorschrift anerkennt oder befolgen kann

Die Welt hat sich in den letzten 10 Jahren sehr zum Bösen gewandelt. Zu diesem Schluß muss ein Beobachter auf einem internationalen Ministertreffen zum Schutz der Wälder heutzutage kommen. Denn wo man nur hinschaut oder hört, alles ist im Argen: 30 Prozent des gehandelten Holzes - manche nennen auch die doppelte Zahl - soll aus illegalen Quellen kommen. Es werden Regierungen millionenweise um Steuereinnahmen betrogen, Beamte bestochen und dabei vor allen Dingen Wälder geplündert und zerstört. Ein Riesenproblem, welches kaum mehr abgestritten und sogar auf Ministerebene diskutiert wird, weltweit soll mit dieser Fehlerware im Wert von rund 10 Mrd. EUR im Jahr gehandelt werden.

Wir glauben nicht, dass die Welt soviel schlechter geworden ist. Wir behaupten stattdessen, dass die Zustände schon immer schlecht waren. Vor 12 Jahren - auf dem Höhepunkt des Raubzuges gegen die Wälder in Sarawak, Malaysia - forderten dortige Ureinwohner 'baut eure Häuser nicht aus unserem Holz, denn es wird uns weggenommen und ihr zerstört unseren Wald und unser Haus'. Niemand wollte auf sie hören, kein Entscheidungsträger hat eine Entscheidung

getroffen - im Gegenteil: man hat die Ureinwohner und die Regenwaldschützer heimgeschickt wie die dummen Buben und der Holzhandel hat ungestört seine Geschäfte weiter gemacht.

Bisweilen begegnen uns heute noch dieselben Entscheidungsträger, hochgeklert in Position und Einkommensanspruch, aber immer noch befasst mit den alten Aufgaben. Ob sie jetzt wohl schneller handeln, den illegalen Sumpf austrocknen und vor allen Dingen den

betroffenen Menschen in den Waldregionen ausreichend Selbstbestimmung und Gerechtigkeit verschaffen, sowie die Zerstörung der Wälder abstellen? Wenn es allen ein ernsthaftes Anliegen wäre, könnte das jetzt ganz zügig gehen - es gibt ausreichend Beispiele aus unserem täglichen Leben.

Wer beispielsweise in Deutschland einen

Kraftwagen auf öffentlichen Straßen fahren will, muss die technische Funktionsfähigkeit des Vehikels garantieren und von einer anerkannten Institution, meist dem TÜV, prüfen lassen. Solange grobe Mängel festgestellt werden, gibt es keine Fahrerlaubnis. Würde man dies auf den Holzhandel übertragen, dann sieht man einen halbmontierten Wagen ohne Bremsen und funktionierendes Licht in rascher Fahrt auf drei Rädern eine abschüssige Straße herunterhupeln, während Mechaniker von einem Begleitfahrzeug aus versuchen, wenigstens das vierte Rad noch montiert zu bekommen. "Warum halten die nicht an, bringen ihr Fahrzeug gewissenhaft in Ordnung und fahren dann sicher weiter?", fragt sich der staunende Beobachter. Sollte man nicht den Holzhandel aus Regionen mit allerschlimmsten Zuständen für einige Zeit stilllegen?

Eben ist die UN-Klimakonferenz in Montreal mit der Fortschreibung des Kyoto-Protokolls zu Ende gegangen. Einige Teilbereiche des Protokolls wie der Finanzierungsmechanismus oder der 'Clean Development Mechanism' sind jetzt geregelt. Problem erkannt und die Tür für Nachfolgeverhandlungen weit aufgestossen, so wird berichtet. Man wird sich ab Mai 2006 beraten, welche Maßnahmen künftig anzustreben sind.

In Montreal wurde auch eine Studie präsentiert, wonach bei einer im Trend liegenden Entwicklung der Emissionen der für Europa so wichtige Golfstrom bis 2200 mit 70prozentiger Wahrscheinlichkeit abreißt. Es gibt schon jetzt Vorgänge, die auf Klimawandel zurückzuführen sind und die erhebliche Folgen haben werden: Veränderungen der Niederschlagsmengen, die Regionen austrocknen lassen oder das Auftauen der Permafrostböden, die zu einem Kohlenstoffabgabe der Böden führt.

Warum wieder 6 Monate verstreichen lassen? Mehr war nicht zu erreichen. Russland und vor allen Dingen die USA haben blockiert und sollten nicht ganz den Anschluss verlieren. REALPOLITIK!

Ihr Pro REGENWALD-Team



Interessierter und engagierter Regenwaldschützer, Ex-Minister Jürgen Trittin. Unglücklicherweise mit reduzierter Dienstzeit wg. Schröder (siehe Seite 16)

Inhalt

- | | |
|--|---|
| <p>2 Landrecht: Riesenerfolg - Indianergebiet in Brasilien anerkannt</p> <p>5 Öl in Peru: Vom anderen Ende der Leitung</p> <p>6 Holzwirtschaft: Hiobsbotschaft aus Brasilien</p> <p>6 Brasilien: Mörder von Dorothy Stang verurteilt</p> <p>7 Aktion: Wiener Schitzel für die Papierherstellung</p> | <p>8 Aktion: Landrechtskampf aktiv unterstützen</p> <p>9 Letzte Neuigkeiten</p> <p>10 Raubbau-FLEG(T): Ein neuer Versuch, den Forstsektor in geordnete Bahnen zu lenken</p> <p>12 Work & Learn: Bäume pflanzen</p> <p>14 Interna: Blicke ins Büro</p> <p>16 Politik am Ende: Kanzlerlaune kostet Waldschutz</p> |
|--|---|

Riesenerfolg: Indianergebiet in Brasilien anerkannt

Über 13 Jahre internationale Solidaritätsarbeit zahlen sich aus

Boa Vista, München - Am Abend des 15. April 2005 hat Brasiliens Präsident Luíz Inacio Lula da Silva das Dekret zur Schaffung des Indianergebietes Raposa/Serra do Sol unterzeichnet. Das gleichzeitig im Amtsblatt veröffentlichte Dekret 534/05 ist eines der wenigen Highlights in der bisherigen Amtszeit des neuerdings auch wegen Schmiergeldaffären einiger seiner Kabinettsmitglieder angeschlagenen Präsidenten Lula. Für die über 15.000 Indianer des 1,74 Millionen Hektar großen Gebietes, das im nördlichsten Teil Brasiliens an der Grenze zu Venezuela und Guayana liegt, endet damit ein über 30 Jahre dauernder Kampf um traditionelle Landrechte.

In Raposa/Serra do Sol leben neben den Macuxi, deren Verwandte im benachbarten Venezuela die Pemon sind, auch Angehörige der Völker Ingariçó, Taurepang und Wapixana. Das Gebiet ist wie das ebenfalls im Bundesstaat Roraima liegende Yanomamireservat eines der größten und das umstrittenste Indianergebiet Brasiliens.

Für den Schweizer Journalisten Oswald Iten zeigen sich hier zusammengefasst



Niedergebranntes Schulgebäude der Missionsstation Surumu

alle Konflikte, die vereinzelt auch bei der Diskussion um andere Indianergebiete auftreten. Er schreibt in der Neuen Zürcher Zeitung "Der Fall Raposa/Serra do Sol illustriert die Hürden, die sich heute den Ureinwohnern Brasiliens auf dem Weg zur Verbriefung ihrer Landrechte entgegenstellen. Praktisch das ganze politische Establishment des Gliedstaats Roraima hatte sich jahrelang gegen dieses Schutzgebiet gewehrt. Die Gegner der Landrechtsvergabe warnten, wenn das Gebiet den Indianern übertragen werde, sei die Verteidigung der Grenzen Brasiliens nicht mehr gesichert. Vor allem aber hatten es die Gegner auf die reichen Vorkommen an Bodenschätzen, insbesondere Gold und Diamanten, und die immensen Weidegebiete abgesehen." Die Nutzung dieser Weidegebiete wurde dann zum zentralen Element des Landrechtkampfes, wie wir später sehen werden.

Iten findet bei seinem Besuch auch die Spuren des Goldrausches in Roraima, von dem Raposa/Serra do Sol-Bewohner besonders in den 90er Jahren betroffen waren - bis es den Indianern gelang, die Eindringlinge nach und nach aus eigener Kraft aus ihrem Gebiet zu vertreiben. "Von 1987 bis 1993 hatte Roraima einen Goldrausch erlebt, als bis zu 50.000 Garimpeiros, wie die Goldsucher in Brasilien genannt werden, das Stammland der Yanomami heimsuchten. In der provinziell wirkenden Hauptstadt von Roraima, Boa Vista, zeugen achtspurige Hauptstrassen mit dünnem Verkehr und der Glaskubus einer Bank von der Bonanza; die krude Statue eines Goldwaschers krönt den Hauptplatz. Nach heftigen internationalen Protesten hatte Brasilia dem mörderischen Treiben im Yanomami-Land weitgehend ein Ende gesetzt, auch weil die damalige Regierung Collor zur Wahrung ihres Gesichtes als Gastgeber des Uno-Umweltgipfels 1992 den Lebensraum der Yanomami hatte anerkennen müssen. Die Garimpeiros waren daraufhin auf andere Schürfründe angewiesen, die sie vorzugsweise in Raposa/Serra do Sol fanden."

Die Umweltschäden durch die Goldgewinnung mit Quecksilber sind bis heute nicht ausreichend untersucht. Zwei, drei der am schlimmsten verwüsteten Stellen am Cotingo-Fluss würden die Anwohner gerne wieder restaurieren, doch von den Behörden haben sie bisher keine Unterstützung erhalten. Die Zeit mit den Goldsuchern erinnern die Indianer als leidvollste in ihrer Geschichte. Nicht wenige gerieten unter Einfluss der betäubenden Wirkung des Alkohols in Abhängigkeit der Eindringlinge und verkauften sich, ihre Kultur und ihren Stolz an die Garimpeiros. Viele indianische Familien verloren Angehörige an die Goldsuchercamps oder

zerbrachen an den einhergehenden sozialen Spannungen und Streitereien. In diesen Jahren muß es auch zum Höhepunkt der Abwendung von traditionellen Wirtschaftsweisen und kulturellen Aktivitäten gekommen sein, wenn man den Erzählungen Glauben schenkt.

Die Jahre nach den Goldsuchern waren dann vergleichsweise leichter. Es gab zwar gelegentliche Überfälle verschiedener Indianerdörfer; gewaltsame Auseinandersetzungen und Totschlag; die im Jahr 1995 mit einer unerhörten Dreistigkeit mitten im Indianergebiet illegal gegründeten Gemeinde Uiramutá, in der weiße Siedler ihren weißen Bürgermeister wählten und der von den Indianern mittlerweile geächtete Alkohol angeboten wurde; ständige Schikanen durch die regionalen Behörden und rassistische Propaganda in Boa Vista; Verschmutzung und illegale Trockenlegung von Feuchtgebieten durch zugewanderte Reisfarmer; die Besetzung der indianerfreundlichen, katholischen Missionsstation Surumu und die Geiselnahme dreier Missionare durch rabiate Siedler schließlich im Jahr 2004. Doch dies waren im Vergleich zu früher noch erträglichere Ereignisse.

Unterstützung vor Ort und Selbsthilfe

Den italienischen Missionaren verdanken die Macuxi und ihre Nachbarvölker viel. Heute gehören sie zu den am besten organisierten und - für brasilianische Verhältnisse selten - nicht korruptierten Indianern im Land. Rückblickend war ihr Entschluss, kollektiv auf den Konsum von Alkohol zu verzichten, der Auftakt für den Befreiungskampf. Schritt für Schritt besetzten sie danach wieder all ihre traditionellen Lebensräume, dokumentierten dies mit dem Bau zahlreicher Dörfer und vor allem mit der Viehzucht. Basierend auf der Idee, ebenso wie die weißen Eindringlinge den An-



Die Indianer legen auch Wert auf Feiertagsbeflaggung

spruch auf Land durch Viehzucht zu dokumentieren, verschafften die Padres Ende der 70er Jahre zunächst einem Indianerdorf eine Rinderherde von 50 Tieren. Fünf Jahre später konnten ebenso viele Rinder an ein weiteres Dorf gegeben werden, bis nach diesem Schneeballprinzip eine vieltausendköpfige Herde herangewachsen war. Die Rinder sind bis heute der wichtigste wirtschaftliche Anreiz für die Indianer, ihr Territorium zu verteidigen - was aber wichtiger scheint: das Projekt hat den Indianern als Grundlage für den Kampf gegen die Eindringlinge eine lange nicht mehr gekannte Selbstsicherheit und ein Gemeinschaftsgefühl gegeben. Zur politischen Artikulation und Vertretung der Interessen gründeten die Macuxi den Indianerrat 'Conselho Indígena de Roraima' (CIR), der die Solidarität dutzender internationaler Organisationen für den Landrechtskampf gewinnen konnte. Heute werden von dem CIR auch die Bewohner des vorhergenannten, benachbarten Yanomami-reservates mitvertreten.

All der Ärger wäre nicht nötig gewesen, hätten die brasilianischen Behörden nur die Verfassung von 1988 in die Realität umgesetzt. Denn darin bekennt sich Brasilien zu einem ganz anderen Umgang mit seinen Ureinwohnern, wie die 500 Jahre zuvor praktiziert. Statt sie wie früher in die brasilianische Gesellschaft zu integrieren, sollen nach der neuen Verfassung die letzten rund 320.000 Indianer (von früher gut 5 Millionen) spezielle Rechte auf ihre eigene kulturelle und materielle Existenz erhalten. Grundlage dafür sollen die Anerkennung und der Schutz der Lebens- und Wirtschaftsräume der verbliebenen Ureinwohner sein. Alle der einige hundert zählenden Indianergebiete sollten nach fünf Jahren, also im Jahr 1993, erfasst und rechtsgültig anerkannt sein - nach Ablauf der Frist jedoch war nicht einmal die Hälfte bearbeitet.

Die Indianerbehörde FUNAI hat - was ein Verdienst des indianerfreundlichen regionalen Verantwortlichen war - das Raposa/Serra do Sol-Territorium trotz des Widerstands der lokalen Politiker und ihrer Verbündeten im Kongress in Brasilia schon Anfang der 90er Jahre vermessen. Obwohl die Untersuchungen

und die Dokumentation für die Anerkennung von Raposa/Serra do Sol längst abgeschlossen waren, haben die Präsidenten Brasiliens, angefangen von Collor bis Cardoso, der Homologationsurkunde - dem abschließenden Dokument - jeweils die Unterschrift verweigert, die dem Schutzgebiet zur Rechtskraft verholfen hätte. Zahlreiche Indianer bezahlten die Verzögerung der Anerkennung um das verfassungsgemäß ihnen zustehende Land mit ihrem Leben.

Indianer von Lula lange enttäuscht

Als Luís Inácio Lula da Silva Ende 2002 zum Präsidenten Brasiliens gewählt wurde, schöpften auch die Indianervölker neuen Mut und hofften auf bessere Zeiten. Lula hatte vor seiner Wahl angekündigt, in seiner Amtszeit die Eigentumsverhältnisse der noch ausstehenden Indianergebiete zu klären. Das Indianergebiet Raposa/Serra do Sol kennt Lula von einem früheren Besuch, bei dem er versprochen hatte, sich für dessen endgültige Anerkennung einzusetzen. Doch im Amt enttäuschte Lula die von den Indianern in ihn gesetzte Hoffnungen schmäzlich. Mehrere Demonstrationen von Ureinwohnern und ab der zweiten Jahreshälfte 2004 ein Dauercamp vor dem Regierungsgebäude in Brasilia waren Ausdruck der Frustration darüber, dass die linke Regierung so wenig auf die Anliegen der Urbevölkerung einging wie die vorherigen rechtsgerichteten Administrationen. Lulas Arbeiterpartei hatte wohl beizeiten erkannt, dass mit dem Eintreten für indianische Forderungen kaum Wählerstimmen zu holen sind, mit den Anliegen landhungriger Siedler jedoch schon. Zudem verhinderten bei verschiedenen Gerichten anhängige Klagen - ein bewährtes Instrument der Gegner bei Landrechtsvergabe an Indigene - fast zweieinhalb Jahre eine Entscheidung, bis der Oberste Bundesgerichtshof Mitte April dann den Weg für die Anerkennung freigemacht und alle Klagen gegen das Indianergebiet abgewiesen hat.



Widerstandspreis für die Organisation CIR (Conselho Indígena de Roraima) auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003

Mit der Unterzeichnung der Homologationsurkunde durch Präsident Lula da Silva tritt das Dekret Nr. 534/05 in Kraft. Demnach werden nur eine Garnison und die Stadt Uiramutá an der Grenze zu Guayana, sowie wichtige Straßen und Stromleitungstrassen zum Zwecke der Landesverteidigung und der Grundversorgung, aus dem Gebiet ausgespart. Die Bewohner von drei Dörfern, 47 kleineren Farmen und 16 größeren Reisfarmen müssen innerhalb eines Jahres in andere Gebiete umgesiedelt und entsprechend entschädigt werden. Der Zugang ins Gebiet ist außer Beamten der Bundesregierung nur solchen Nicht-Indianern gestattet, die eine Sondergenehmigung haben und den Indianern keinen Schaden zufügen.

Solidaritätsarbeit war ein Baustein für den Erfolg

Für die Münchner Organisation **Pro REGENWALD** ist die Anerkennung des Gebietes einer der größten Erfolge der Vereinsgeschichte. Über 13 Jahre standen die zum Großteil ehrenamtlich arbeitenden Aktivisten den Indianern unterstützend zur Seite und koordinierten die Solidaritätsarbeit für europäische Verbände. Indianische Delegationen wurden nach Europa eingeladen, um international auf ihr Problem hinweisen zu können, **Pro REGENWALD**-MitarbeiterInnen besuchten mehrmals das Indianergebiet für Koordinationstreffen. Immer wieder wurden als Zeichen internationaler Solidarität Protestaktionen bei Botschaften oder über das Internet organisiert, sowie Unterschriften



und Spenden gesammelt. Über 50.000 Postkarten wurden vor allen Dingen in Deutschland und den USA gedruckt und verteilt. Im letzten halben Jahr schickten UnterstützerInnen mehrere tausend Kugelschreiber an Präsident Lula, um sicherzustellen, dass die Unterschrift nicht am Schreibgerät scheitern würde.

Ohne die ideelle, finanzielle und praktische Unterstützung aus dem Ausland hätten die Indianer nicht so lange durchhalten können. Lange Zeit erfuhren sie Achtung und Respekt für ihr Anliegen nur von den Freunden in Europa oder den USA - was besonders wichtig war in den Zeiten, als ihr Selbstvertrauen aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf dem Nullpunkt war.

Zukunftsansichten nicht nur rosig

Nach all den Jahren des Kampfes um ihr Landrecht stehen die Bewohner der Regi-

on jetzt vor enormen Herausforderungen. Selbst die nötige Pflege der Gärten war notgedrungenermaßen öfter vernachlässigt worden, sodass es immer wieder zu Engpässen in der Nahrungsmittelproduktion gekommen war. Eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung der Region wurde nicht einmal diskutiert - jetzt sollten die Indianer diese aber umsetzen. Nachdem viel Wissen über traditionelle Bewirtschaftungsweisen verloren gegangen ist oder lange nicht praktiziert wurden, droht die Gefahr, dass die Indianer künftig das nachahmen und umsetzen, was ihnen die Eindringlinge vorgemacht haben: übermäßige Rinderzucht und den massiven Ausbau der Reis- und Sojamonokulturen.

Sie wissen, dass der Ausbau des Erziehungs- und Gesundheitswesens im Vordergrund steht, gefolgt von dem Aufbau der Nahrungsmittelproduktion für die Selbstversorgung und Maßnahmen zum

Schutz von Wasser, Boden und Wäldern. Doch wie und ob sie dahin gelangen, wird abhängen von den Beratern und den Rahmenbedingungen, die ihnen der Staat vorgibt.

Pro REGENWALD wird mit den Indianern jedenfalls bei der Restauration degradierter Gebiete kooperieren, die von Viehzüchtern und Goldsuchern zerstört wurden. Vorrang hat dabei die Versorgung der Indianer mit Bau- und Brennholz, sowie die Rekultivierung der Flächen, die durch die Goldsucher u.a. mit Quecksilber verseucht wurden.

Weitere Infos:

<http://www.pro-regenwald.de>

<http://www.cir.org.br>

<http://www.socioambiental.org>



Schnell, schnell, wir wollen nicht zu spät kommen zum Fest



Eine neue Skulptur in der Form des Indianergebietes erinnert in Maturuca an den langen und erfolgreichen Kampf zum Landrecht.

Eine persönliche Betrachtung der Siegesfeiern (von Christine Halvorson)

Wie oft kommt man schon dazu einen wirklichen Sieg zu feiern? Meine Neugierde war schließlich ausschlaggebend doch nach Maturuca zu fahren. Und es war tatsächlich eine besonders intensive Erfahrung, mit starken Emotionen: Freude, Mut und Hoffnung. Ich war glücklich dies mit den Leuten von Raposa/Serra do Sol zu teilen. Die letzten zehn Jahren habe ich in Kampagnen für Raposa/Serra do Sol gearbeitet und die Feier war eine Erfahrung, welche ich so bald nicht vergessen werde.

Von Boa Vista, der Hauptstadt von Roraima, reisten wir mit dem Bus in das Gebiet, normalerweise ist es

abhängig von den Straßen und dem Zustand des Busses eine Zehn-Stunden-Fahrt. Ausnahmsweise machten wir an diesem Tag einen Zwischenstopp auf halbem Weg in Surumu um die Schüler und Lehrer zu besuchen, die einige Tage zuvor angegriffen worden waren. Es war ein schrecklicher Anblick, als wir durch die Asche und kaputten Überbleibsel der abgepackelten Kirche und Schule eine kurze Besichtigung einlegten.

Unsere Wut über die Zerstörung verschwand, als wir dann ein paar Stunden später in Maturuca ankamen. Aus der Dunkelheit jubelten Gruppen von Männern, die ihre Brust bemalt hatten und Kopfschmuck trugen, als wir in das Dorf einfuhren. Jeder der Tuxauas (Häuptlinge) aus den Dörfern der Region war auf den Dorfplatz gekommen, um uns zu begrüßen.

Die nächsten paar Tage und Nächte wurde gefeiert. Viel Musik, sowohl 'forró' als auch 'parichara', viel 'cachirí', viel Essen. Ein paar zu viele Reden, aber jede war herzlich. Mal badeten wir im Bach oder standen unterm Sternenhimmel, führten lange Gespräche in unseren Hängematten oder während wir zu 'cachirí' zu Freunden eingeladen waren.

Der letzte Tag war der beste: reines Feiern, ohne Zeitplan, offizielle Besucher oder Reden.

Jeder war müde, weil wir die ganze Nacht zuvor getanzt hatten - der Morgen fing behäbig an. Am Nachmittag, da keiner mehr etwas zu sagen hatte, fing jeder jeden zu umarmen an. Dann stellten wir uns in einer Reihe auf, um jeden der 'tuxauas' aus der Region zu umarmen, die den Kampf für Raposa/Serra do Sol geführt hatten. Es war bewegend als irgendeine Rede jemals sein könnte.

Und dann tanzten wir. Ich verpasste die Pferderennen, die Fußballspiele und den Sonnenuntergang. Dann erinnerte ich mich an Seu Nelino, einem Führer aus dem 'Baixo Cotingo', der mir vergangenen April gesagt hatte: "Ich tanze normalerweise nicht, aber für die Feiern im September werde ich 20 Paar Schuhe machen und sie alle durchlaufen!" -- Christine Halvorson, Rainforest Foundation US



Christine (rechts) fühlt sich sichtlich wohl und feiert mit in Maturuca



Als Schikaneaktion haben Indianergegner diese Brücke zerstört, die man nach einer notdürftigen Reparatur erst wieder nutzen konnte.

Anmerkung **Pro REGENWALD**: Forró und Parichara sind Musik/Tanzstile, Cachirí ist ein fermentiertes Cassavagetränk (Maniok)

Vom anderen Ende der Leitung Indianer in Peru organisieren sich gegen Ölförderung

Beim Stichwort Öl denkt ein Münchner zuallererst verärgert an die hohen Kraftstoff- und Heizölpreise. Die Aufgeklärteren erzählen einem vielleicht, dass im Nahen und Fernen Osten für Öl Kriege geführt werden. Und die mit längerem Gedächtnis erinnern sich noch an Tankerkatastrophen, wie Exxon Valdez, die ganze Küsten mit einer schwarzklebigen Masse überzogen haben - alles miteinander zwar eher unangenehme Erscheinungen, aber so richtig beschäftigten tun sie uns nicht.

Ähnlich unbehelligt fühlen sich bisher noch einige Indianervölker im peruanischen Regenwald. Viele von ihnen würde man nach unseren Maßstäben als ungebildet bezeichnen. Sie leben ihr traditionelles Leben zum großen Teil noch als Jäger und Sammler und scheren sich wenig um Ölpreise oder Tankerkatastrophen an fremden Küsten. Sie haben überhaupt keine Vorstellung, welche Auswirkung Öl auf ihr Leben haben könnte - und bald leider in verheerendem Umfang haben wird.

Denn in der Ucayali-Region, die seit Jahrhunderten Heimat der indianischen Völker Asháninka, Shipibo-Konibo, Amawaca, Yine und anderer ist, wurde Öl gefunden. Das spanische Ölunternehmen Repsol und Burlington Resources aus den USA teilen sich zwei Konzessionen (Lot 57 und 90), die gut 1,5 Mio. Hektar Regenwald abdecken und über 50 indianische Dörfer gleich mit dazu.

Repsol ist jetzt schon im Amazonasregenwald Ecuadors tätig. Dort kann man die Folgen der Ölförderung und ihre Auswirkungen auf das Ökosystem und die Menschen im Wald bestens beobachten. Gerade Indianervölker, die aufgrund ihrer Lebensweise auf intakten Regenwald mit ungestörten Wild-, Fisch- und Pflanzenbeständen angewiesen sind, leiden

unter den gravierenden Eingriffen in ihren Lebensraum durch die Ölförderung. Die Krebsrate in den Ölfördergebieten ist so hoch wie in kei-

ner anderen Region im Land. Zudem bringen Ölarbeiter soziale Spannungen, Prostitution, Alkohol und Krankheiten - aber für die davon betroffenen Urbewohner der Wälder kaum finanzielle Vorteile. Um es kurz zu machen: fast alle indianischen Gemeinden bevorzugen ihre traditionelle Lebensweise im intakten Wald nachdem sie Erfahrung mit der Ölgewinnung gemacht haben, von der ihnen langfristige nur Schäden bleiben.

Einige dieser Indianer aus Ecuador wurden Mitte Oktober zu einem Workshop, dessen Vorbereitung **Pro REGENWALD** mitfinanziert hat, nach Peru eingeladen. Sie sollten die bisher ahnungslosen peruanischen Indianervölker in der Ucayali-Region darüber informieren, was die Folgen der eindringenden Ölwirtschaft sein könnten. Die indianischen Organisationen ORAU (Organización Regional Aidesep Ucayali) und OIRA (Organización Indígena Regional de Atalaya) hatten in das Städtchen Atalaya eingeladen: 150 Führer und Abgesandte von 50 indianischen Gemeinden sind gekommen.

Einige von ihnen konnten selbst schon von ersten negativen Erfahrungen berichten: in manchen Gebieten hatten die Unternehmen mit seismischen Untersuchungen begonnen um Öllagerstätten zu finden. Dazu werden netzwerkartig verteilt Sprengungen in speziellen Bohrlöchern ausgelöst, deren Erschütterungsverlauf gemessen wird und Rückschlüsse auf das Vorhandensein von Öl erlaubt. Die Indianer glauben, dass dies Auswirkungen auf die Fische in den Flüssen hat, sie beklagen höheren Aufwand bei der Jagd, da sich das Wild zurückgezogen hat, und sie ärgern sich über Waldzerstörung durch die Ölarbeiter und den Abfall, den die Ölarbeiter hinterlassen. Ein Indianer soll in ein Bohrloch gefallen und dabei erstickt sein, wie erzählt wurde.

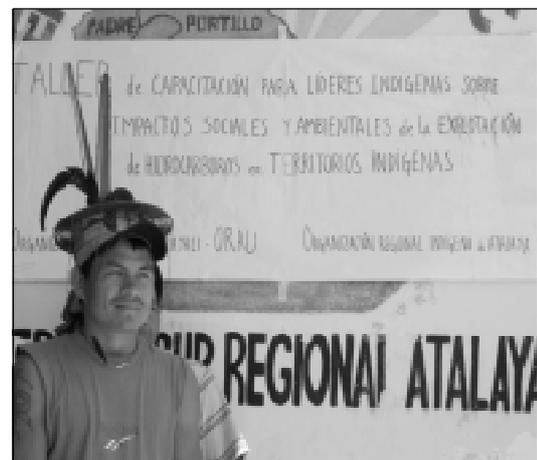
Angesichts der von der drohenden Ölförderung künftig zu erwartenden Probleme und in Angst um ihr Leben und die Umwelt, verabschiedeten die Vertreter der indianischen Gemeinden eine Erklärung. Darin verkündeten sie in den betroffenen indianischen Gebieten den Notstand, verwehren den Ölunternehmen Repsol und Burlington den Zutritt



Finger weg! Der Wald gehört uns.

zu ihrem Territorium und wollen die Regierung Perus verklagen, weil sie bei der Konzessionsvergabe internationale Vereinbarungen in der Planungsphase nicht eingehalten hat.

Der Workshop war für die einladenden Organisationen ORAU und OIRA und die indianischen Führer ein erster Schritt gegen die Zerstörung ihres Waldes durch die Ölwirtschaft. Sie wissen, dass der Kampf damit nicht vorbei ist. **Pro REGENWALD** wird sie dabei weiter begleiten und unterstützen.



Es gab wenig Erreuliches zu hören auf dem Workshop. Umso entschlossener sind die Indianer gegen das Ölgeschäft.



Wer will spetwas in seinem Garten haben - Ölförderung?

Hiobsbotschaft aus Brasilien

■ Regenwälder durchlöchert «wie ein Schweizer Käse»

Mitte Oktober sorgte die Veröffentlichung einer brasilianisch-amerikanischen Wissenschaftlergruppe für Gesprächsstoff in der Fachwelt: Der bisher als waldfreundlich angepriesene 'selektive Holzeinschlag', also das gezielte Fällen nur weniger Bäume im Regenwald, ist kaum waldschonend. Die Regenerationsfähigkeit der Wälder kann die angerichteten Schäden nicht annähernd flicken und es bleiben jahrelang dokumentierbare Schäden, wie die Auswertung der Daten dreier Erdbeobachtungssatelliten mit einer neuen Bildanalysemethode ergeben hat.

Dabei ist der selektive Holzeinschlag die Wunderwaffe der Holzindustrie - vor allen Dingen im Kampf gegen Umweltschützer. Die Vorstellung von einem Hektar ganz schonend nur drei oder vier Bäume zu ernten, hat auch manchen Regenwaldschützer verstummen lassen. Zumal Holzfirmen mit Fotos von Holzrückewegen, einige Jahre nach dem Eingriff aufgenommen, dokumentieren konnten, wie schnell die Wunden im Wald doch wieder geschlossen werden.



Motorsägen: Jetzt doch nicht so gut für den Wald

Alles eine Frage des Blickwinkels, sagen die Forscher jetzt. Wer von oben und mit der richtigen Auflösung auf einen selektiv genutzten Wald sieht, der schaut in Abgründe. Ein gefälltter Baum reißt ein großes Loch in die Kronenschicht, welches auch nach 10 Jahren nicht wieder geschlossen ist. Da hilft es also auch nicht, dass sich Teile der Holzwirtschaft seit Jahren bemühen, die Ernte waldfreundlicher zu gestalten. Mittlerweile wird der Einsatz besser geplant, die Fällrichtung ausgewählt, vor dem Fällen Verbindungen zu Nachbarbäumen gelöst, die Rückegasse besser angelegt und mit den schweren Transportmaschinen vorsichtiger hantiert. Im Vergleich zum anderswo praktizierten Kahlschlag bleibt so reichlich intakter Wald stehen.

Dass der aber nicht ganz so intakt ist, das kann die neue Auswertungsmethode beweisen - neuerdings gibt es aus Sicht der Satellitenbildauswerter neben gut

sichtbaren größeren Schadensflächen und intakten (dazu zählen bisher auch selektiv genutzte) Wäldern eine neue Kategorie: quasi das sichtbare Loch im Regenwald, welches sich bislang in der Kronendachstruktur vor dem schwachen Satellitenauge verbergen konnte - deutlich sichtbar sind jetzt abgerissene Nachbarbäume sowie kratzerähnliche Öffnungen entlang der Holzrückewege und Straßen. In all diese Wunden dringt übermäßig viel Licht, der Wald trocknet merklich schneller aus und wird anfälliger für Waldbrände.

Dieser Erkenntnisgewinn hat Auswirkungen. Die Wissenschaftler sagen, dass mit der alten Methode gut 50 Prozent der Kronendachzerstörung einfach übersehen wurden. In der Vergangenheit wurde bei Statistiken das erfasst, was mit bloßem Auge eindeutig als zerstört zu erkennen war. Berücksichtigt man die 'Löcher', wären die Zerstörungsraten der letzten Jahre nach oben zu korrigieren und der Zustand des Regenwaldes um vieles schlechter.

Selbst die Auswirkungen der Waldzerstörung auf das Klima muß man um gut 20 Prozent höher ansetzen. Nach bisherigen Kalkulationen werden in Brasilien durch die Regenwaldzerstörung rund 400 Millionen Tonnen CO₂ an die Atmosphäre abgegeben, künftig wird man 100 Millionen Tonnen mehr dazuzählen müssen. Brasilien steht mit dieser zusätzlichen Treibhausgasfreisetzung schlecht da, wenn es darum geht, global die Kohlenstofffreisetzung zur Abwendung der Klimakatastrophe zurückzufahren.

Die neuen Zahlen bereiten der brasilianischen Regierung Kopfschmerzen. Erst im Mai hat die Veröffentlichung einer sechsprozentigen Zunahme der Waldzerstörung im Vorjahr die Öffentlichkeit hochgeschreckt und die Umweltministerin Marina Silva in Erklärungsnot gebracht. Auch wenn sie zuständig ist, kann ihr Ministerium kaum retten, was durch die Ausweitung der Sojaanbaufläche und die Förderung der Holzwirtschaft zur Zerstörung freigegeben oder bedroht wird. Der Weltmarktpreis für Soja hat bisher jedenfalls mehr Einfluss auf die Zerstörungsdynamik im Amazonasgebiet als das Wirken einer Ministerin.

Mörder der Nonne Dorothy Stang verurteilt

Zwei Brasilianer wurden am 10. Dezember 2005 vom Gericht der Ermordung der amerikanischen Nonne Dorothy Stang, 73, in Anapu im Bundesstaat Pará für schuldig befunden. Das Gerichtsverfahren wird als richtungsweisend für den Umgang des brasilianischen Staates mit gewaltsamen Konflikten bei Landrechtskonflikten erachtet.

Die siebenköpfige Jury verurteilte Rayfran das Neves Sales, der die Nonne 10 Monate zuvor mit sechs Schüssen niedergestreckt hatte, zu 27 Jahren Gefängnis. Clodoaldo Carlos Batista wurde als Komplize zu 17 Jahren verurteilt.



Pará, der Staat in dem Dorothy Stang über 30 Jahre für die Rechte der Siedler und die Umwelt gearbeitet hat und schließlich ermordet wurde, ist in Brasilien bekannt für einen hohen Grad an Korruption und Gewalt im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten. In den letzten 30 Jahren ließen rund 770 Menschen dabei ihr Leben, aber nur 9 Täter wurden bisher verurteilt. Schwester Dorothys letzte Aufgabe vor ihrem Tod war der Aufbau eines Waldreservats, in dem arme Familien ihre kleinen Felder bestellen und den Wald bewirtschaften sollten, ohne großflächig zu zerstören.

Der Haupttäter Sales bestritt für den Auftragsmord Geld erhalten zu haben, wie ihm die Staatsanwaltschaft unterstellt hatte, räumten aber ein, von seinem Arbeitgeber Amair Feijoli, die Waffe erhalten zu haben.

Eine Senatskommission war nach kurzer Untersuchung zum Schluß gekommen, dass die Ermordung Teil einer größerangelegten Kampagne war, deren Hintermänner eine Reihe von Grundbesitzern der Region sind. Nachfolgeuntersuchungen wurden empfohlen und die Staatsanwaltschaft ermittelt neben dem Waffenbesitzer auch gegen zwei weitere Personen.

„Allein die Verurteilung eines Killers ist in diesem Staat schon ein großer Sieg“, sagt Felicio Pontes Jr., ein mit dem Fall von Anfang an betrauter Staatsanwalt. Weiter sagt er: „Nur der öffentliche Druck hat dafür gesorgt, dass wir diese Männer in weniger als einem Jahr vor Gericht bringen konnten. Und wir hoffen, dieser Druck hält an, bis wir auch die Männer vor Gericht haben, die diese Ermordung angeordnet hatten.“

Wiener Schnitzel für Papierherstellung

- als fade Beigabe Regenwaldzerstörung

Seit Jahren bemängeln Umweltschützer, Entwicklungs- und Finanzexperten die völlig überdimensionierte Holz- und Zellstoffindustrie in Indonesien: Um diese Verarbeitungskapazitäten mit Rohstoff zu versorgen, müsste die Waldfläche mehr als fünfmal so groß sein wie sie tatsächlich ist. Folgen dieser Überkapazitäten sind die Übernutzung und häufig Zerstörung ganzer Regionen von beachtlicher Größe, sowie die Verschuldung der beteiligten Unternehmen in Milliardenhöhe - und nicht zu vergessen: Dumpingpreise, die auch deutschen Produzenten Sorgen bereiten. Selbst von der ansonsten entwicklungsfördernden Weltbank gibt es Überlegungen, wie man zum Abbau der Überkapazitäten beitragen könnte. Diese Situation hält Investoren aber nicht davon ab, weiterhin neue Werke zu finanzieren.

Weder Regenwaldzerstörung noch die Aussicht auf ein finanzielles Desaster haben jetzt auch zwei österreichische Unternehmen abschrecken können, sich am Bau einer Hackschnitzelanlage und einer Zellstofffabrik maßgeblich zu beteiligen. Die Andritz AG liefert im Wert von rund 270 Millionen Euro die Maschinen für beide Baustellen und die

Raiffeisen Zentralbank (RZB) kofinanziert mit rund 18 Millionen Euro die Hackschnitzelanlage. Letztere hat sich sicherheitshalber gleich eine ökologische Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen lassen.



Dr. Walter Rothensteiner, RZB

Zunächst einige unstrittige Fakten zur Hackschnitzelfabrik: Nach längeren Auseinandersetzungen um das Projekt begannen im August 2005 beim Dorf Alle-Alle auf Pulau Laut, einer großen Insel südöstlich der Provinz Südkalimantan, die Rodungsarbeiten für die Fabrikanlage. Sie soll von PT Mangium Anugrah Lestari (PT MAL), einer Tochterfirma der in Singapur ansässigen UFS (United Fiber Systems) betrieben werden und schon ab 2006 jährlich 700.000 Tonnen Holzschnitzel für die Papierherstellung produzieren. Zur Rohstoffversorgung stehen rund 160.000 Hektar große Akazienplantagen bereit, und eine Notreserve in einer anderen Region. Diese Zahlen, sowie zu erwartende Auswirkungen auf die Umwelt und Ertragsabschätzungen, haben die Berater der finnischen Consultingfirma Jaakko Pöyry auf Geheiß der RZB als Grundlage für eine Positiventscheidung zusammengetragen.

Umweltschützer sehen das nicht ganz so einfach, die indonesische Realität ist

komplexer. Ein massives Problem verursacht die Muttergesellschaft UFS selbst. Sie hat kürzlich die Zellstofffabrik Kiani Kertas (KK) in Ostkalimantan übernommen, die ebenfalls aus den für das Hackschnitzelwerk vorgesehenen Plantagen ihren Rohstoff bezieht - wie es später einmal auch die oben erwähnte neue Fabrik soll. **Die Jaakko Pöyry-Gutacher blenden diesen Umstand der Mehrnachfrage völlig aus.**

Plantagenqualität umstritten

Es gibt sehr unterschiedliche Auffassungen über den Zustand der Plantagen. Ein größerer Teil soll durch Feuer oder durch teilweise gesetzeswidrige Kohlegewinnung im Tagebau geschädigt sein. **Über den jährlichen Zuwachs der Plantagen gehen die Annahmen weit auseinander.** Während die Berater von Jaakko Pöyry im Gutachten bis zu 25 m³ pro Hektar annehmen, haben sie in einem ähnlichen Fall, etwas kritischer, Plantagen keine 15 m³ zugetraut. **Für denselben Ertrag bräuchte man dann fast die doppelte Plantagenfläche.** Und schließlich verweisen die Projektkritiker auf die **derzeit unkontrollierbaren Rahmenbedingungen in Indonesien.** So kann es durchaus vorkommen, dass unterschiedliche Regierungsstellen die Rechte zur Nutzung einer Konzession gleichzeitig an verschiedene Nutzer übergeben. Jederzeit kann inmitten einer Akazienplantage eine Ölpalmplantage entstehen - und den vorhergesagten Holzertrag drastisch mindern. **Vollkommen ausgeschlossen aus den Betrachtungen haben die Gutachter, ob potenzielle Konflikte mit Ureinwohnern anstehen** - ein Umstand der anderswo schon Projekte gekippt hat.

Noch erhofft sich der Großteil der Bevölkerung in der Region eine Anstellung

in der Fabrik oder eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur und so ist kaum Kritik am Vorhaben zu vernehmen. Der britischen Menschenrechtsorganisation Down to Earth (DTE) wurden allerdings Beschwerden über ausbeuterische Geschäftsgebahren mit den Anwohnern zugetragen. Demnach klagen die ursprünglichen Besitzer des 84 Hektar großen Fabrikgeländes bei Entschädigungszahlungen übers Ohr gehauen worden zu sein. Sie erhielten nur 5-10 Prozent des sonst üblichen Preises von



So sieht es aus, wenn Regenwald zur Plantage wird.

und waren unzufrieden. Mit der Erfahrung aus ähnlichen Projekten muß man durch die Versorgungsinfrastruktur, den Lieferverkehr und den Betrieb der Anlage von drastischen Einbußen der Lebensqualität in der Region ausgehen. Unter anderem ist zu befürchten, dass der geplante Verschiffungshafen die Subsistenzfischerei (=Selbstversorgung) zum Erliegen bringen könnte.

Die Gesamtauswirkungen des Projektes auf die Wälder Indonesiens sind inakzeptabel. Die Holzversorgung der indonesischen Zellstoffindustrie beruht zu etwa 73 Prozent auf Raubbau aus Urwäldern. Um diese Nachfrage mit Plantagenholz zu decken, müsste man nach Weltbankangaben 1,2 Millionen Hektar Plantagen neu anlegen und dafür Wald roden. Weder die Berater von Jaakko Pöyry noch die Banker der RZB wollen den Gesamtzusammenhang sehen: Für sie stehen in der Region noch ausreichend Bäume, die man zu Zellstoff verarbeiten und zudem am Maschinenverkauf noch Geld verdienen kann.

Wir wetten, dass diese Herren für weitere Waldzerstörung durch die neuen Vorhaben nicht haften werden.

Tupinikim und Guarani haben sich ihr Land zurückgeholt, und jetzt Landrechtskampf aktiv unterstützen

Wenn man einen Stein ins Wasser wirft, schlägt er Wellen. Einen ähnlichen Effekt muss die Unterzeichnung der Landrechtsurkunde für Raposa/Serra do Sol durch Präsident Lula (siehe Seite 2) auf brasilianische Indianervölker gehabt haben, denn in immer mehr langjährig ungelösten Konfliktsituationen ergreifen sie mittlerweile selbst die Initiative zur Abstellung ihrer Probleme. Zuletzt haben Anfang Dezember die Krenak-Indianer die Eisenbahnlinie Vitória-Minais blockiert, um die Indianerbehörde FUNAI und das Bergbauunternehmen Companhia Vale do Rio Doce (CVRD) an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Den Tupinikim und Guarani Indianern im brasilianischen Bundesstaat Espírito Santo ist die langjährige Warterei auf Gerechtigkeit schon im Mai zu dumm geworden. Seit Jahren lagen sie mit Aracruz, dem größten Zellstoffunternehmen des Landes, im Streit um ein gut 11.000 Hektar großes Gebiet, welches die Firma aus Sicht der Indianer ungerechtfertigterweise ihren Plantagen zugeschlagen hatte. Obwohl es mittlerweile schon von dem zuständigen Amt als indianisches Land anerkannt war, wollte es Aracruz nicht herausrücken - in der Hoffnung, die Behörden würden den alten Zustand dulden.

Am 17. Mai diesen Jahres zogen gut 500 Indianer in die Plantagen und begannen mit einer sogenannten Auto-demarkation. Dabei wird üblicherweise die Gebietsgrenze abgeschritten und



durch Pflöcke markiert. Eine ungeheure Schinderei über mehrere Tage, wenn man sich dazu eine Schneise durch eine Plantage schlagen muss. Die ganze Aktion hatten sie in einem formellen Schreiben an den zuständigen Justizminister Márcio Thomas Bastos angekündigt, der dafür sorgen sollte, dass Aracruz nicht Werkschutz oder die Polizei schicken würde.

Ohne Rücksicht auf Verluste

Aracruz ist kein Niemand. Nach eigenen Angaben der größte Hersteller von Eukalyptuszellstoff weltweit und Herr

über 107.000 Hektar Plantagen im Bundesstaat Espírito Santo oder 380.000 Hektar in Brasilien insgesamt. Dies sind immerhin gut 15 Prozent der Fläche, die in Brasilien jährlich an Regenwald zerstört wird. Auch für die Plantagen sind Regenwälder gefallen - schon in den 70er Jahren, als das Unternehmen seine größte Expansionsphase hatte.

An den Folgen dieser Umwandlung leiden Mensch und Natur heute noch. Nach Aussagen älterer Zeugen soll der ursprüngliche 'Mata Atlantica'-Regenwald besonders artenreich gewesen sein - heute stehen nur noch letzte Reste davon zwischen den monotonen Eine-Baumart-Plantagen. Indigene und Kleinbauern wurden damals häufig mit dubiosen Methoden und falschen Versprechungen oder auch Drohungen aus ihren Häusern vertrieben. Viele verloren ihre Existenz und erhielten entweder keine oder eine nur kleine Entschädigung. Über die Jahre hat Aracruz massiv in den Wasserhaushalt in Espírito Santo eingegriffen. Der Verbrauch in der Zellstoffproduktion und der Bedarf der Plantagen war so hoch, dass der Grundwasserspiegel sank und Flüsse austrockneten. Die Erträge der Felder nahmen ab und die Umwelt wurde mit giftigen Abwässern verschmutzt.

Aracruz produziert fast ausschließlich für den Export, 97 Prozent der Produktion werden ausgeführt. Die beiden multinationalen Konzerne Kimberly-Clark (z.B. Haakle, Kleenex) und Procter & Gamble (z.B. Tempo, Charmin, Pampers) kaufen allein 45 Prozent der Jahresproduktion auf. Eukalyptuszellstoff wird vor allem für die Produktion von Hygienepapieren (Toilettenpapier, Papiertaschentücher, Küchenrollen etc.) eingesetzt, weil er die Endprodukte besonders "flauschig" macht. Faseranalysen, die ein US-amerikanisches Labor im Auftrag der Hamburger Um-

weltorganisation Robin Wood durchgeführt hat, kommen zu dem Ergebnis, dass in fast allen auf dem deutschen Markt gehandelten Hygienepapieren bis zu 60 Prozent Eukalyptuszellstoff enthalten sind.



Eine Selbstverständlichkeit: Auf diese Faser verzichtet man

Wer Zellstoffprodukte benutzt, die Fasern aus der beschriebenen Region enthalten, braucht sich über Regenwaldschutz und Menschenrechte keine Gedanken mehr zu machen. Klar, darauf verzichtet man natürlich. Wobei das nicht so einfach ist. Die Konzerne Kimberly-Clark und Procter & Gamble mauern. Sie wollen keine Verkaufsverluste haben und hüten sich, ihren Kunden freiwillig zu sagen, in welchem ihrer Produkte der umstrittene Zellstoff landet. Sie weigern sich aber auch, überhaupt darüber zu reden und sich um eine Lösung des Problems zu kümmern. Stattdessen beziehen sie weiterhin den Zellstoff von Aracruz und hoffen, dass möglichst wenig potenzielle Kunden von der Herkunft des Rohstoffs wissen.

Aktionsvorschlag: Anfragen hilft

Wer nicht fragt, bleibt dumm. Und akzeptiert oder toleriert untragbare Zustände. Um beim Einkaufen künftig informiert zu sein, haben wir **Aktionspostkarten** vorbereitet, mit denen man bei den Herstellern anfragen kann. "Enthält das Produkt XY etwa strittige Fasern von Aracruz?" Wer auch immer ein Zellstoff-Produkt der beiden genannten Firmen findet und wissen will, ob der umstrittene Zellstoff von Aracruz enthalten ist, schreibt das Geschäft, den Namen des Produktes und seine eigene Adresse auf die Postkarte, gibt sie auf ... und kauft bis eine hoffentlich aufschlussreiche Antwort eingegangen ist, besser ein ähnliches Produkt aus Recycling-Fasern, welches am 'Blauen Engel' zu erkennen ist. Damit ist man immer auf der richtigen Seite.

Nicht vergessen: Augen auf und Aktionspostkarte umgehen nutzen!

■ Letzte Neuigkeiten

WTO-Handelssystem bedroht die Wälder

In Hongkong hat am 13.12.2005 die sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) begonnen. Die 149 Mitgliedsstaaten werden bis zum 18. Dezember unter anderem über die weitere Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten, darunter auch Holz, streiten. Vor vier Jahren hatte die WTO beschlossen, die Belange der Entwicklungs- und Schwellenländer besonders zu berücksichtigen. Davon ist jetzt wenig zu sehen.

Keine Chance für Entwicklungsländer, ungerechte Subventionen und Raubbau an der Umwelt, damit kann man umschreiben, was drohen könnte, wenn der vorliegende Entwurf ohne massive Änderungen angenommen würde.

Die Radikaleren unter den Globalisierungskritikern, darunter viele NGOs aus dem Süden und Teile des globalisierungskritischen Netzwerks „Attac“, wollen „Hongkong platzen“ oder „entgleisen“ lassen. Lieber kein Ergebnis als ein für die Menschen in den ärmeren Entwicklungsländern - und die Unterprivilegierten in den Industriestaaten - schlechtes Ergebnis, lautet ihr Credo.

Weitere und aktuelle Infos gibt es auf www.gerechtigkeit-jetzt.de

Weltbank in der Demokratischen Republik Kongo

Mit einem Zuschuss in Höhe von 90 Millionen US \$ im Rahmen der 'Transitional Support for Economic Recovery' Operation (TSER) wird die Weltbank infrastrukturelle Voraussetzungen zur holzwirtschaftlichen Erschließung der Demokratischen Republik Kongo schaffen. Bevor dies von der Weltbank am 8. Dezember beschlossen wurde, warnte die Rainforest Foundation UK, von diesem übereilten Schritt und einer drohenden Regenwaldzerstörung abzusehen.

Nach Angaben der Weltbank soll die Finanzierung in drei Bereichen den Forstsektor fördern: Erstens in der Stärkung des derzeitigen Moratoriums auf die Vergabe neuer Konzessionen und die Vorbereitung neuer Rahmenbedin-

gungen für künftige Konzessionsvergaben, zweitens bei der Veröffentlichung der Daten über die bisherigen Konzessionen, und drittens in der rechtlichen Prüfung aller derzeit vergebenen Konzessionen. Diese Maßnahmen sollen beitragen die Transparenz zu erhöhen und gleichzeitig die ökologisch nachhaltige und sozial verantwortliche Nutzung der Wälder des Landes fördern.

Die Rainforest Foundation kommentierte dies als gelungenes Beispiel, wie die Weltbank den Wortschatz von NGOs aufgreife und ihre alten Konzepte in neuer Verpackung geschickt an den Mann bringe. Künftig sei genauestes Monitoring und Reklamieren durch die Zivilgesellschaft und NGOs nötig, um die Verwendung der Mittel und die Umsetzung des Projektes transparent zu halten und die Zerstörung zu verhindern.

Artensterben beschleunigt sich

Washington (dpa) - Das Artensterben beschleunigt sich dramatisch. Heute sind einer Studie zufolge drei Mal so viele Arten bedroht, wie in den vergangenen 500 Jahren bereits ausgestorben sind. Der Mensch habe die Aussterberate um das 100- bis 1000-fache über das natürliche Maß hinaus getrieben.

Das berichten US-Forscher in den «Proceedings» der amerikanischen Akademie der Wissenschaften. Die Biologen untersuchten solche Arten, für die es weltweite Daten gibt. Dazu zählen Säugetiere, Vögel, Amphibien, einige Reptilien und als einzige Pflanzengattung Nadelhölzer. Die meisten der demnach 794 bedrohten Arten leben jeweils nur noch an einem Ort.

Seit dem Jahr 1500 sei die Ausrottung von 245 Arten aus diesen Gruppen verzeichnet, berichten die Forscher um Taylor Ricketts von der Umweltstiftung WWF. «Die festgelegten Arten machen nur ein Bruchteil aller aus, die durch das menschliche Handeln vom Aussterben bedroht sind.» Die Forscher identifizierten 595 Zentren bevorstehenden Aussterbens, die jeweils als einzige verbliebene Heimat für bedrohte Arten dienen.

Die Mehrzahl dieser letzten Refugien sei nicht genug geschützt. Nur ein Drittel sei derzeit abgesichert. An den übrigen

Plätzen sollten dringend Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um den Verlust der Spezies zu verhindern, heißt es in dem Artikel. «Die große Mehrheit dieser Plätze liegt in Entwicklungsländern», schreiben Ricketts und Kollegen. «In vielen Fällen ist ihre Rettung nicht ohne substanzielle Hilfe aus den Industrieländern möglich.»

Breite NGO-Allianz gegen malaysisches Holzlabel

64 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus 21 Ländern fordern die Europäische Union, die Europäischen Regierungen sowie die Europäische Holzindustrie auf, dem Malaysischen Holzlabel MTCC jede Anerkennung zu verweigern. Die unterzeichnenden NGOs weisen das Label als Garantie für nachhaltige oder legale Waldbewirtschaftung zurück, da MTCC indigene Landrechte missachtet.

Besonders kritisiert wird die Zertifizierung einer großen Holzkonzession in einem der letzten intakten Urwaldgebiete im malaysischen Bundesstaat Sarawak auf der Insel Borneo. Im Oktober 2004 wurde eine strittige Konzession des malaysischen Holzkonzern Samling in einem Gebiet zertifiziert, welches das indigene Volk der Penan bereits 1998 mit einer Landrechtsklage für sich beansprucht hat. Mit der Zertifizierung der sogenannten Sela'an-Linau-Konzession am Oberlauf des Baram-Flusses widerspricht MTCC dem weithin anerkannten Grundsatz, wonach rechtlich umstrittene Konzessionen nicht zertifiziert werden dürfen. Trotz anhaltenden Protests der betroffenen Penan weigert sich das Zertifizierungsgremium, das missbräuchliche Label zurückzuziehen. In den letzten Jahren wurde MTCC immer wieder von Menschenrechtsorganisationen wegen der Missachtung indigener Landrechte kritisiert.

Das Holzlabel dient der malaysischen Holzindustrie primär als Marketinginstrument, um zum lukrativen europäischen Holzmarkt Zugang zu erhalten.



FLEG(T) - ein neuer Versuch, den Forstsektor und Holzhandel in geordnete Bahnen zu lenken

Neuere Schätzungen gehen davon aus, dass mittlerweile die Hälfte der ursprünglichen Waldbedeckung der Erde verloren gegangen ist. Treibende Kraft dieser Zerstörung ist unverantwortlicher Raubbau, dies größtenteils in Form illegaler Handlungen. Diese illegale Holzwirtschaft ist in temperierten wie in tropischen Zonen dokumentiert, sie nährt einen milliardenschweren internationalen, vollkommen unkontrollierten Handel und bedroht auch die ökologisch wertvollsten Wälder. Die gesamte Holzgewinnungs-, Handels- und Verarbeitungskette ist für illegale Aktivitäten anfällig: Erwerb der Einschlagsrechte, Übernutzung, Nutzung der falschen Arten, Ernte in verbotenen Zonen, fälschliche Deklarationen, Kauf von Fehlerware, Transport und Handel mit gefälschten Dokumenten, fälschliche Angaben in Sägewerken - die Aufzählung ist nicht vollständig, was in der Natur der Sache liegt.

Den Wert des weltweit gehandelten Holzes schätzt man heute auf über 200 Mrd. EUR, der Anteil der illegalen Holzwirtschaft soll weit über 10 Prozent - in manchen Regionen sogar bis zu 80 Prozent - betragen. Die EU führt zu 50 Prozent illegal geerntetes Holz aus den Tropen und gut 20 Prozent aus der borealen Zone ein. Im Jahr 1998 summierte sich dies zu rund 1 Mrd. EUR oder rund 750.000 Hektar zerstörtem Wald.

Gegenmaßnahmen erforderlich

Die Schäden sind seit Mitte der 90er Jahre so deutlich sicht- und spürbar, dass konkrete Maßnahmen erforderlich geworden sind. Obwohl einige Länder sich lange weigerten, einzugestehen, dass ihre Holzwirtschaft an illegalen Aktivitäten krankt, ist weltweit die Besorgnis über illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel gewachsen. Auf dem Treffen der Außenminister der G8-Staaten 1998 in britischen Birmingham, wurde illegaler Holzeinschlag erstmals als internationales Problem thematisiert. Um Abhilfe zu schaffen und nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern, wurde ein "Aktionprogramm Wald" ins Leben gerufen. Im Jahr 2000 ging das "Forest Governance Programme" der Weltbank noch einen Schritt weiter und organisierte mit Unterstützung der USA und Großbritannien regionale Prozesse, die sich mit der Thematik auseinandersetzten.

Regionale Prozesse

Indonesien räte heraus: bedingt durch die politischen Umwälzungen wollten sich immer mehr Menschen schnell an den Wäldern bereichern oder auch nur nehmen, was ihnen ihrer Meinung nach zustand - der Anteil illegaler Hölzer klet-

terte auf fast 90 Prozent des Gesamtvolumens. Gleichzeitig erarbeiteten insbesondere NGOs als Reaktion auf diese Zustände hieb- und stichfeste Dokumentationen und Argumente, denen sich Regierungsstellen nicht mehr entziehen konnten. Im Sept. 2001 fand eine Ministerkonferenz für den Ostasiatischen Raum (ASIA FLEG) statt. Als Ergebnis wurde die sog. "Bali Declaration" unterzeichnet, die 70 Aktionspunkte zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung vorsah, immerhin das Eingeständnis, dass, auch wenn es Gesetze zur Regelung der Waldbewirtschaftung gibt, diese nicht durchgesetzt werden. Nachfolgeaktivitäten fanden bisher nur in begrenztem Umfang statt.

Im Jahr 2003 leiteten einige afrikanische Länder ihren eigenen FLEG Prozess ein (AFRICA FLEG), der auch in einer Ministererklärung (Yaoundé Declaration) und einem Aktionsplan mündete. Als Hauptproblem im afrikanischen Kontext gilt unermessliche Korruption, die durch mangelnde Transparenz bei den Geschäften gefördert wird. Obwohl im Aktionsplan Empfehlungen enthalten sind, die sich direkt auf die Bereitstellung von Informationen beziehen, ist kaum bekannt, was tatsächlich auf internationaler oder nationaler Ebene unternommen wurde, um die Situation zu verbessern.

Seit kurzem gibt es auch eine Initiative, um illegalen Holzeinschlag in borealen Wäldern in der ENA-Region (Europe and North Asia) zu bekämpfen. Ende November 2005 fand dazu die ENA FLEG Ministerkonferenz in St. Petersburg, Russland, statt. Hier stimmten mehr als 40 Regierungsvertreter, sowohl aus überwiegend Holz produzierenden

als auch Holz konsumierenden Ländern, einer gemeinsamen Erklärung zu. Als wichtige Handelspartner von Produzentenländern in der ENA-Region haben auch die USA und Canada die Erklärung angenommen.

Was sind FLEG und FLEGT?

Der FLEG-Prozess (Forest Law Enforcement and Governance - Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor) soll unter Einbeziehung aller Interessenvertreter und Betroffenen zur Einhaltung der Gesetze und Verbesserung der Politikgestaltung im Forstsektor führen. Dazu sollen national und international verbessernde Maßnahmen durchgeführt werden. FLEG soll die Aktionen der Regierungen betroffener Länder sowie bilateraler und multilateraler Geldgeber zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und -handels bündeln.

FLEGT steht für ein um den Begriff Trade (=Handel) erweitertes FLEG-Konzept und ist die Antwort der EU auf das globale Problem des illegalen Holzeinschlags und des Handels mit Holz und Holzprodukten illegaler Herkunft. Der FLEGT-Aktionsplan vom Mai 2003 soll durch freiwillige Partnerschaftsabkommen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Hierzu sollen erstens die Holz produzierenden Länder bei der Stärkung ihrer Forstwirtschaft unterstützt werden. Zweitens soll ein Lizenzsystem im Erzeugerland sicherstellen, dass nur legal gewonnenes Holz und legal erzeugte Holzprodukte in den EU-Raum gelangen. Für das öffentliche Beschaffungswesen sollten Handlungsanweisungen entwickelt werden, die gewährleisten, dass nur legal geschlagenes Holz eingekauft wird (siehe Seite 16). Verhandlungen über Partnerschaftsabkommen zwischen Deutschland und Kamerun, UK und Indonesien sowie den Niederlanden und Malaysia haben begonnen. Bei den Verhandlungen muss auch eine gemeinsame Definition von Legalität festgelegt werden.

Kommentar

Was bedeutet "illegal"? Und was sind die Folgen illegalen Einschlags?

Man spricht von illegalem Einschlag, wenn Holz unter Mißachtung nationaler Gesetze geerntet (z.B. außerhalb der Konzession oder Fällung geschützter Baumarten), transportiert, deklariert, geodert oder verkauft wird. Durch diese illegalen Aktivitäten entstehen den Staaten immense Einnahmeverluste, z.B. durch nicht gezahlte Steuergelder. Insgesamt schätzt man den Verlust auf 15 Milliarden Euro pro Jahr! Zum Vergleich: das Entwicklungshilfebudget der EU liegt bei etwa 6,5 Milliarden Euro. Die illegale Holzwirtschaft hat aber noch viel weitreichendere Auswirkungen als wirtschaftliche Schäden: sie trägt zu massiven Umweltschäden und Biodiversitätsverlust bei, fördert gesellschaftliche Unruhen (z.B. durch Bestechung, organisierte Kriminalität und die Verletzung von Menschenrechten) und führt zu einem Dumping der Holzpreise auf dem internationalen Holzmarkt.

Die Arbeit von *Pro* **REGENWALD** zur Kampagne "Raubbauholz bannen" ist gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Nur die ganz alten Hasen werden in der Lage sein, all die Initiativen zur 'Zähmung' der Holzindustrie aus den letzten 20 Jahren aufzuzählen. Diese waren eher wirkungslos, die meisten sind schon vergessen und der Raubbau an den Wäldern schreitet munter voran. Allein die Diskussion um das neue Instrument und die Hoffnung in seine potenzielle zukünftige Wirksamkeit hat immer sofortige und kurzfristig wirksame Maßnahmen verhindert. Niemand stellte je ernsthaft zur Diskussion, den Handel, wenn er offensichtlich vollkommener Raubbau ist, einfach dicht zu machen. Warum nicht?

Was ist neu an FLEG(T)? Zunächst, dass das Problem der 'falschen' Waldnutzung mittlerweile an höchster Stelle diskutiert wird. Doch nicht alle betreiben die Diskussion mit derselben Intention. Während Umweltschützer FLEG(T) gerne als Instrument zur Förderung der ökologisch und sozial nachhaltigen Waldbewirtschaftung sehen, würde manche Regierung den Prozess wohl lieber als Hebel nutzen, den staatlichen (oder den privatisierten) Zugriff auf Wälder voranzutreiben. Der Konflikt wird sichtbar werden, sobald es an die Definition der Illegalität geht

Man muß dabei unterscheiden: Illegal bedeutet nicht unbedingt zerstörerisch,

und legale Holznutzung kann alles andere als nachhaltig sein. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Ureinwohner und die lokale Holz nutzende Bevölkerung

nicht kriminalisiert werden, sondern ihre (traditionellen) Nutzungsrechte gesetzlich verankert (und nicht weggenommen) sowie eine nachhaltige Nutzungsweise gefördert werden. Für die großen Konzessionäre muss gelten: Die Holzernte muss nicht nur legal sein, sie muss auch auf nachhaltige Weise erfolgen.

Und selbst wenn das aussortiert sein sollte: Die ganzen Vereinbarungen sind freiwillig. Was hindert eine Regierung also diesmal daran, FLEG(T) als hilfreichen internationalen Public Relation Akt zu nutzen und dabei die Geschäfte zu führen wie zuvor?! In Russland wird derzeit eine Änderung des Forstgesetzes diskutiert, und wenn die Vorlage in der derzeitigen Form vom Parlament angenommen wird, ist, so ein Insider, der Kampf gegen illegale Holzwirtschaft hoffnungslos.



ENA FLEG-Ministerkonferenz, November 2005 in St. Petersburg

Regierungsvertreter aus über 40 Ländern der ENA-Region (Europe and North Asia, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten, China und Japan), sowie deren wichtige Handelspartner USA und Canada haben in St. Petersburg am 25. November einer gemeinsamen Erklärung und einem Aktionsplan zugestimmt, um illegalen Einschlag, Korruption und Handel mit illegalen Holzprodukten zu bekämpfen.

Auf der Konferenz waren auch Umweltorganisationen anwesend, die parallel zu den Regierungsverhandlungen, teilweise gemeinsam mit Vertretern der Holzindustrie, eigene Forderungen er-

arbeiteten und die offizielle Diskussion kommentierten. NGOs waren nach einer Entscheidung der internationalen Steuerungsgruppe - entgegen der Gepflogenheit bei ähnlichen Veranstaltungen - zu den Regierungsverhandlungen nicht zugelassen. Es wurde ihnen nicht einmal der Beobachterstatus gewährt. Lediglich durch Vermittler konnten konkrete Textvorschläge der NGOs zum aktuellen Verhandlungstext in die Regierungsverhandlung eingebracht werden. Die deutsche Delegation umfasste Vertreter aus dem Landwirtschafts- und dem Entwicklungsministerium (BMELV und

BMZ), sowie eine Mitarbeiterin von *Pro* **REGENWALD**. Neben der chinesischen Delegation war die deutsche die einzige, die NGO-Vertreter als Teilnehmer eingeladen hatte.

Es wurde vereinbart, dass in zwei bis drei Jahren wieder Regierungsvertreter "angemessener Ebene" mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen kommen, um Erfahrungen auszutauschen und herauszuarbeiten, in welchen Bereichen weitere Aktionen und Zusammenarbeit nötig sind. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll wieder eine Ministerkonferenz stattfinden.

Anstrengend, aber gut: Bäumepflanzen in Costa Rica

■ Eindrücke von einem Work & Learn-Workshop bei Arbofilia

Zur Unterstützung der Partnerorganisation Arbofilia in Costa Rica vermittelt Pro **REGENWALD** gelegentlich InteressentInnen an Baumpflanzarbeit und / oder Spanischkursen zu sogenannten Work & Learn-Workshops nach Costa Rica. Dabei geht es sehr naturnah und gelegentlich auch improvisiert zu - für die Teilnehmer jedenfalls sind es immer abenteuerliche, spannende und lehrreiche Wochen. Informationen über zukünftige Workshops sind auf der Website von Pro **REGENWALD** zu finden.

Endlich angekommen. San José - nach einer langen und ermüdenden Reise mit Zug und Flieger über Amsterdam und Miami. Wir werden vom Flughafen abgeholt und für die erste Übernachtung zu einer Jugendherberge gebracht. Am nächsten Tag kaufen wir noch Vorräte

fahren auf diesen Straßen viel Konzentration, aber die Costaricaner sind auf die Schlaglöcher und die Überholmanöver wahnsinniger Verkehrsteilnehmer eingestellt.

Ankommen im Luftschloss

Als wir endlich auf der Station ankommen, ist es Abend. Wir sollen beim Aussteigen Taschenlampen parat haben und den Boden nach Schlangen absuchen. Die Station ist eine Art Luftschloss, ein offenes Gebäude aus massivem Holz, ganz ohne Türen und Fenster, im Erdgeschoss befindet sich ein großer Ess-, Koch- und Aufenthaltsraum. Auf der Galerie darüber die Schlafkabinen. Man kann von den Betten direkt in den Regenwald sehen, wie wir am nächsten Tag erst feststellen, nachdem es wieder hell geworden ist. Wir sind alle von der Reise sehr erschöpft und nach dem Begrüßungessen fallen wir in die Betten. Die Nacht im Regenwald ist ungewohnt laut - Zikaden, wie wir später lernen.

Umgebung, Bäume und Arbeit kennenlernen

An unserem ersten Tag im Regenwald dürfen wir noch ausschlafen: Frühstück gibt es um 7:30 Uhr. Danach erkunden wir unsere Einsatzstelle, besichtigen das Stationsgebäude und die Schule (so eine Art Tagungshaus). Dann die Baumschule, einer unserer Hauptarbeitsplätze in den nächsten Wochen, wo wir auch gleich eine der giftigsten Schlangen Costa Ricas sehen, die zu unserem Glück bereits tot ist. Von da geht es weiter in die angrenzende Kakao-Plantage, wo es schummrig und feucht ist. An und in den Kakao-Bäumen schlingen sich die Ranken der Vanille-Pflanzen. Wir kommen zum Fluss und nutzen die Gelegenheit für ein erfrischendes Bad.

Auf der anderen Seite des Flusses beginnt der Carara Nationalpark, wo die fachkundige Führung weiter geht. Wir sehen sehr große und dicke Bäume mit Luftwurzeln, daneben frisch aufge-

sprungene Samen. Kaum zu glauben, dass aus so einem kleinen "Nazareno" einmal ein beeindruckender Purple Heart Baum (der aufgrund seines lilafarbenen Holzes so heißt) wird.

Wenn sich unser Führer nicht sicher ist, welchen Baum er vor sich hat (in Costa Rica gibt es über 1000 Baumarten), hackt er etwas Holz mit der Machete ab, riecht daran und/oder nimmt den Holzschmitzel in den Mund - und fast immer weiß er, was es ist. Miguel ist 17 Jahre alt, der Sohn der Arbofiligründer. Uns beeindruckt diese Art von Wissen sehr, sind wir selbst doch froh, wenn wir es zu Hause schaffen, eine Tanne von einer Fichte zu unterscheiden. Am Nachmittag sollen wir dann das erste Mal in der Baumschule arbeiten. Die Zeit noch nutzen, bevor es mit Beginn der Regenzeit künftig nachmittags regnen wird.

Essen

Zum Abendessen gibt es "Gallo Pinto". Das Hauptgericht in Costa Rica besteht vor allen Dingen aus Reis und Bohnen. Reis und Bohnen werden wir noch öfter essen - morgens, mittags und abends. Anfangs mit Begeisterung, später während unseres Aufenthaltes werden wir uns lieber an die Beilagen halten. Die Frauen aus dem Dorf, die unser Essen zubereiten, geben sich wirklich Mühe, es für uns abwechslungsreich zu gestalten. So gibt es zu Reis und Bohnen immer Gemüse, Salat, Kochbananen, Ei und Rindfleisch oder Fisch.

Essen zu lagern ist eine Kunst. In dem feuchten Klima der Station verderben die Speisen schnell, einiges wird natürlich im Kühlschrank aufbewahrt, aber auch das frische Obst, das man hier in unglaublicher Vielfalt erhält, will schnell verzehrt sein, bevor sich Fliegen und Kleingetier jeder Art darüber hermachen.

Ungeziefer gehört zum Regenwald - leider

Die Station ist von einem "Schlangenzaun" geschützt, um giftige Schlangen



Wo Rinder sind ist Regenwaldzerstörung und Erosion.

ein und machen uns anschließen in zwei geländetauglichen Autos auf den Weg zur Station bei El Sur. Wir, das sind die fünf Teilnehmer des ersten "Bäume pflanzen und Spanisch lernen"-Workshops, den Arbofilia in Zusammenarbeit mit Pro **REGENWALD** organisiert. Die Station, die in der Nähe des Carara Nationalparks rund 6 Wegstunden nordöstlich von San José liegt, ist für die nächsten 4 Wochen unser Zuhause. Mitarbeiter von Arbofilia fahren uns. Wir sind froh, dass wir in diesem Gelände das Auto nicht selbst steuern müssen, denn die Straßen in Costa Rica verändern sich durch die Regenfälle ständig und sind manchmal nur für erfahrene Autofahrer befahrbar. Außerdem kostet das Auto-



Baumschularbeit

oder größere Tiere fernzuhalten. Mit dem anderen Getier muss man zurechtkommen: Kröten und bunte Frösche hüpfen durch die Küche, Eidechsen und auch Skorpione besuchen uns unter der Dusche. Es gibt Fliegen und Moskitos jeder Art und Größe, Käfer, die aussehen wie Äste oder Blätter und natürlich Zikaden, die uns zeigen, dass auch ein ziemlich kleines Tier unglaublich Lärm machen kann. Daneben gibt es noch die 'erwünschten' Bienen, die mit dazu beitragen, dass alle Blüten im Wald rechtzeitig bestäubt werden - zum Glück sind sie stachelfrei. Weil sie so nützlich und manche auch bedroht sind, beherbergt Arbofilia unterschiedlichste Bienenarten. Überall auf der Station und an den umliegenden Gebäuden hängen ausgehöhlte Baumstämme oder lustige Tongefäße, in denen rund 90 Bienenvölker wohnen.

Arbeit - schweißtreibend

Unsere Arbeit ist vielfältig: Wir sammeln Samen auf, legen Terrassen in den Hängen bei der Baumschule an und säen die Samen aus. Wir jäten in den schon früher kultivierten Beeten das Unkraut. Setzlinge müssen in schwarze Plastiksäckchen umgepflanzt werden, um dann noch etwas weiter zu wachsen. Erst später werden sie ‚ausgesetzt‘, also im Feld oder auf Viehweiden gepflanzt. Wir werden Wege reparieren und auch die Straße herrichten, in die der Regen große Löcher gegraben hat. Dabei geraten wir ganz schön ins Schwitzen. Solange man im Schatten der Baumschule, der Kakaopflanzung oder im Wald arbeitet, ist das feuchte Klima gut auszuhalten. Wenn es jedoch in die pralle Sonne geht, wird es für uns sehr hart. Beruhigend ist, dass die Costaricaner, obwohl sie das Arbeiten unter diesen Bedingungen gewohnt sind, offensichtlich genauso schwitzen wie wir.

Selbstverständlich müssen wir jede Menge lernen, zum Beispiel wie man

korrekt und sicher mit einer Machete umgeht, dass es unterschiedliche Arten von Macheten gibt und welche man für was benutzt. Weiter erfahren wir, dass Gummistiefel doch Sinn machen, wie man traditionell kocht oder wie



man seine Kleidung und Bücher vor dem Verschimmeln bewahrt - was nicht immer gelingt, denn einer unserer Gruppe muss zum Schluss ohne sein FC-Bayern Kuschelkissen nach Hause fahren.

Zuviel Ablenkung: Unterricht kommt da gerne zu kurz

Jeden Nachmittag lernen wir drei Stunden Spanisch, was gar nicht so einfach ist nach den arbeitsamen und langen Vormittagen. Jedoch wird es früh dunkel und nach der ersten Woche regnet es sowieso immer ab zwei Uhr mittags. Außerdem haben wir schon längst bemerkt, dass es ein Manko ist, in Costa Rica zu sein, ohne die Landessprache zu können. Die Menschen dort sind alle sehr kommunikativ, jedoch können die wenigsten Englisch. Wir bemühen uns und sie sind offen gegenüber unseren oftmals doch recht holprigen Gesprächsversuchen. Man kommt aber recht schnell voran, nach kurzer Zeit verstehen wir immerhin, um was sich ein Gespräch dreht, oder was von uns erwartet wird und manch einer versucht sich an den Gesprächen zu beteiligen (obwohl wir am Arbofilia-Tisch dann doch oft ins Englische zurück wechseln).

Ausflüge und Touristendasein

Der "Alltag" auf der Station erlaubt auch einige Ausflüge und Wanderungen. So können wir eine Mitfahrgelegenheit auf den Berg "La Potenciana" (ca. 1600 m) nutzen. Wir sind in den Wolken und spazieren durch verschiedenste Wald-/Vegetationszonen hinab ins Tal. Der Wald wird immer wieder von Kaffeepflanzungen oder Viehweiden unterbrochen. Die Kühe weiden in Steilhängen und wir sehen die Erosion, die dem Vieh folgt. Hier und da hat jemand versucht, seine Rinderweide zu vergrößern, einige Bäume des angrenzenden Waldes werden einfach umgesägt und liegen noch im Hang. So kann "Landgewinnung" auch laufen, unserer Führer erzählt uns, dass es eigentlich verboten ist.



Samensammeln: Oft fährt man weite Strecken, bis man einen geeigneten Baum findet.

Wir sehen Blattschneiderameisen ihre Blattstückchen tragen - ihre grünen Straßen kreuzen unseren Weg. Bäume, die sich mit großen Stacheln gegen Räuber schützen, Würgefeigen, die sich gerade um mächtige alte Bäume schlingen, Orchideen und dann auch Vogelnester, die die Form einer Umhängetasche haben. Wir werden an diesem Tag nur einmal nass und genießen eine wunderbare Aussicht über das Land.

Der nächste Ausflug geht an den Pazifik und dauert zwei Tage. Auf dem Weg kommen wir an einem der wenigen noch bekannten "Rosewood"-Bäume in der Region vorbei. Da er gerade Samen trägt, sammeln wir einen Sack voll. Miguel von Arbofilia kennt nur fünf ausgewachsene Rosenholz-Bäume in dieser Gegend. Rosenholz ist unter anderem für Souvenirs sehr beliebt. Auf dem Weg zum Manuel-Antonio Nationalpark sehen wir zwei rote Aras, kommen am Krokodilfluss vorbei und fahren kilometerlang durch eintönige Palmölpflanzungen. Im Nationalpark sehen wir Mangrovenbäume, Iguanas, Faultiere und einen Waschbären. Wir sammeln wieder einige Baumsamen und nutzen die Gelegenheit zu einem Bad an diesem Traumstrand.

Alles in allem: Wir müssen da wieder hin - es gibt noch so viel zu tun.

Tipp: Wer Spanischlernen mit sinnvoller Arbeit verbinden und für einige Wochen an einem Work & Learn Workshop teilnehmen will, findet dazu Infos auf unserer Website. Es ist ratsam, sich als Interessent zu registrieren, dann können wir InteressentInnen gezielt informieren. Infos unter: www.pro-regenwald.de

■ **Blicke ins Büro**

Einige wollen einfach nur mithelfen, andere im Rahmen eines Praktikums in die Politarbeit reinschnuppern und für manche ist es gar ein interessanter (aber recht stressiger Arbeitsplatz), das **Pro REGENWALD**-Büro versammelt sie alle unter einem Dach. Mit den folgenden zwei Seiten wollen wir uns für das Engagement bedanken und an einige Highlights erinnern - dies aber ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Seit diesem Sommer hat **Pro REGENWALD** eine neue Mitarbeiterin, **Wiebke Böhm (29)** ist zu uns gestoßen. Sie hat in Eberswalde International Forest Ecosystem Management (IFEM) studiert und anschließend u.a. einige Monate beim LBV gearbeitet. Bei uns arbeitet sie vor allen Dingen zum Themenbereich Raubbauholz bzw. illegalem Holzhandel (siehe Seite 10-11) - wir befürchten, dass sie auf Jahre mit der Thematik gut beschäftigt sein wird.



Wiebke ist ein Nordkind, in Bremen geboren, und noch etwas skeptisch allem Bayerischen gegenüber.

Patrick (26), der in Passau European Studies studiert, hat sich spontan für ein Praktikum bei uns entschieden - hauptsächlich aus Interesse an Menschenrechten. Wie die meisten unserer Praktikanten durfte er im Waldseitenakquiseteam erfahren, wie schwer es ist, Zeitgenossen von der Notwendigkeit für den Wald-



schutz aktiv zu werden, zu überzeugen. Bei seinen Recherchen zur Papierverbrauchsproblematik muss er einige Male sehr über den geringen Kenntnisstand oder das Interesse seiner Gesprächspartner gestaunt haben.

Bei **Steffi (26)** hatten wir ein Riesenglück: ihr 'Lebensabschnittsgefährte' lebt in München und so lag es nahe, sich für die Ferien von Berlin, wo sie Interkulturelle Fachkommunikation studiert, bei uns um eine Übersetzerinnenstelle zu bewerben. Sie hat mit ihren weiteren Kompetenzen so überzeugt, dass



wir wegen all der anderen Jobs und Rechercheaufgaben die Übersetzungsarbeit fast vergessen hätten. Leider hat sie es dann aber auch nicht geschafft, den ultimativ wirksamen Telefonierleitfaden zu entwickeln - mit Hilfe dessen man am Telefon jeden von allem überzeugen könnte. Wir arbeiten heute noch daran: die Aufgabe ist nicht lösbar.

Anja (23) studiert in Würzburg Politische Wissenschaft und Kulturgeographie, beste Voraussetzung zur Vorbereitung des ersten Work & Learn-



Workshops, den wir mit unserer Partnerorganisation in Costa Rica angeboten haben. Desweiteren war sie mit Schreiben von Texten und Übersetzungen beschäftigt, die auf der dreisprachigen Website von

Arbofilia über Problematik und Arbeit in der Projektregion berichten sollen. Schließlich war sie mit Recherche zu einer recht delikaten Fragestellung beschäftigt, die wir hier besser nicht beim Namen nennen.

Mit ihrem Politik- und Verwaltungswissenschaftsstudium hat **Nikola (21)** einen kürzeren Draht zur Politik und war bestens gerüstet, um sich für eine Recherche auch durch viele Abgeordnetenbüros in Berlin zu telefonieren. Resultat war, dass auch Abgeordnete zuvorkommende Menschen sind, solange man nicht konkrete Aktion von ihnen einfordert. Man munkelt, dass Nikola auf dem Weg nach New York an die UN ist - angeblich sägen insbesondere die Amerikaner am Stuhl des Generalsekretärs um den Posten für sie freizumachen.



Bea (20) beabsichtigte vor ihrem Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudium etwas Praxis zu erschnuppern. Dann war Tsunami - also Wochen mit hektischen Bemühungen für unsere indonesischen Partner Wiederaufbaumittel zu mobilisieren. Bea, dem Nesthäkchen in der Runde, ging das alles



nicht schnell genug - weder bei uns im Büro noch bei den potentiellen Unterstützern. Bevor die zweite große Fragestellung gelöst werden konnte, war das Praktikum vorbei. Uns bewegt sie immer noch: Wie kann man die Wirtschaft dazu bringen, auch einen guten Teil zum Ausgleich von Reich und Arm zwischen Nord und Süd beizutragen?

Die Umstände haben uns mit **Ma (Marilda, 36)** eine waschechte Basilianerin beschert. Das hat einerseits unserer Küchenplanung gut getan und andererseits die Kommunikation mit Brasilien etwas vereinfacht. Ihre Hauptaufgabe bei uns hat sie dann aber nicht zu Ende



Impressum

DER News-Letter WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edelmann, Wiebke Böhm, Simone Hömer, Melanie Kahlke, Sandra von der Wippel, Christine Halvorson, Nathalie Weemaels (Fotos), u.a. Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro REGENWALD
Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info@pro-regenwald.de
http://www.pro-regenwald.org
http://www.diewaldseite.de

Postbank München
Konto-Nr. 1490 70 800, BLZ 70010080
Bank für Sozialwirtschaft München
Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

machen können: sie hat von heute auf morgen doch eine bezahlte Stelle gefunden. Weil sie LAN-Administratorin war, die sich auf Linux einarbeiten wollte, haben wir uns begeistern lassen, Teile unserer EDV umzustellen. Das ist noch in Arbeit.



Maxi (22), angehende Kommunikationswissenschaftlerin aus Dresden, trat ihr Praktikum mit dem bescheidenen Anliegen an, etwas dazu tun zu müssen, die Ausmaße der irreparablen Schäden, die unsere Umwelt nimmt, stärker ins öffentliche Interesse zu

rücken. Unglücklicherweise wurde ihre Arbeit massiv unterminiert vom gleichzeitig stattfindenden Wahlkampf, bei dem Umwelt trotz all unserer Bemühungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Wir denken aber, dass Gaia sich nicht hat ablenken lassen von diesen Scheindiskussionen unseres Ex-Kanzlers und wir weiterhin Gelegenheit haben werden, an allen möglichen Fronten gegen den täglich ablaufenden Wahnsinn anzukämpfen.



Wenn es nach **Carola (23)** ginge, dann sollten ihre Uni in Eichstätt und alle Studenten dort schleunigst auf Recyclingpapier umstellen - soviel Schwung hat die Geographiestudentin aus ihrer Mitarbeit in der Papierarbeitsgruppe

mit nach Hause genommen. Was wir gemeinsam mit ihr nicht verstehen können: Dass man dazu überhaupt aktiv werden muss, denn eigentlich sollte es ja eine Selbstverständlichkeit sein mit dem Recyclingpapier! Das ist aber ebenso wenig selbstverständlich, wie das Wissen und Bewußtsein, dass wir im täglichen Leben ständig von Produkten aus den Tropenregionen umgeben sind. Denn wer darüber nachgedacht hätte, würde einen bei einer Unterstützungsanfrage nicht mit dem Argument abspesen: **Nein** danke, mit dem Regenwald haben wir nichts zu schaffen. An dem Bewusstseinsprung muss noch gearbeitet werden.

Für kurze Zeit dachten wir, dass **Laura (30)**, die u.a. in Zaragoza 'Humanidades' studiert hat, unsere Brücke nach Spanien sein könnte. Doch nach mehrwöchigen eher frustrierenden Recherchen (es gibt keine Regenwaldgruppenszene in Spanien!) erkannten wir, dass es wenig zu überbrücken gibt. Zwischendurch managte und unterrichtete Laura dann die TeilnehmerInnen des Work & Learn-Workshops in Costa Rica so gut, dass Arbofilia sie nicht heimfliegen lassen wollte. Noch heute fragen auch wir uns: Wo ist Laura?



Maria (23) hat das Waldseitenakquise- team unterstützt und sich in der Papierkampagne eingesetzt. Bei ihren Recher-



chen zur Bereitschaft von Geschäftsleuten auf Recyclingpapier umzusteigen, wurde ihr Glauben an das Gute im Menschen hin und wieder tief erschüttert. Wir hoffen sehr, dass sie endlich auf Costa Rica einsteigt und einen der anstehenden Workshops auch organisatorisch mitunterstützt - das Bäumepflanzen würde ihr als angehende Kommunikationswissenschaftlerin bestimmt gut gefallen (als Ausgleich). Unser Glück ist, dass sie in München studiert und auch nach dem Praktikum noch regelmäßig vorbeikommt.

Dass **Christine (20)** unser zweites Nesthäckchen war, hat sie uns lange verheimlicht. Sie hat sich kompetent und mit unermüdlicher Geduld in die Recyclingheft-



misere (kaum ein Schüler schreibt heutzutage noch auf Recyclingpapier! Warum nur?) eingearbeitet und unsere Erfindung, den Heftefinder.de mit Leben (sprich aktuellen Daten) gefüllt. Man hat auch gemerkt, dass sie heimlich bei einer ande-

ren Organisation vor- und mitgearbeitet hat. Denn sie kannte sich mit Menschenrechten und insbesondere dem Verhalten von Passanten an Infoständen schon gut aus.

Sebastian (24), Geoökologiestudent aus Bayreuth, hat sich - obwohl wir eigentlich voll besetzt waren - einen Praktikumsplatz erschlichen. Angeblich kannte er einen unserer früheren FÖJler, doch diese Angabe haben wir nie geprüft. Er war ein wackerer Mitkämpfer im Waldseitenakquisetem und bei unserer stetigen Suche nach den rechten Antworten auf die ausufernde Ignoranz im Umgang mit den natürlichen Ressourcen weltweit. Ansonsten hat er allen gezeigt, dass er von Holz etwas versteht und aus dem Stand einen guten Radiosprecher abgibt. Immer noch offen ist die Frage, ob Regenwald nun ein Nettosauerstoffproduzent ist oder nicht?



Wer bei uns anruft, wird höchstwahrscheinlich bei ihr herauskommen: **Melanie (21)** unsere FÖJ-lerin aus Reichenbach/Sachsen im Vogtland, jetzt auf dem Weg, einmal eine große Ökologin zu werden. Sie hat recht viel zu schultern, muss - da wir nur eine FÖJ-Stelle besetzen konnten - dieses Jahr die Arbeit von zwei FÖJlern machen. Das bedeutet viel telefonieren, organisieren, rumräumen - da bleibt fast keine Zeit für's Layouten, was sie auch gut kann oder endlich den Schülern erklären, warum sie auf Recyclingpapier umsteigen sollten.



Sandra (20) kam, sah und war dabei. Sie hat nach dem Abitur und einigen Reisen gedacht, vor dem Studium noch etwas Nützliches einzuschleppen und auch mehr über die Politik und das Geschäft mit dem Umweltschutz zu lernen. Sie ist schnell zur Stütze von Melanie geworden - und wenn es so weitergeht, wird sie bald Raubbauholz vom nachhaltig gewonnenem unterscheiden können. Denn dazu soll sie bald auch den Holzhandel informieren helfen.



Ärgerlich: Kanzlerlaune kostet Waldschutz

Im Mai verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder als Reaktion auf ein schlechtes SPD-Wahlergebnis bei der nordrheinwestfälischen Landtagswahl, vorgezogene Neuwahlen auf Bundesebene anzustreben. Dieser Schritt bedeutete für einige wichtige (Gesetzes-) Initiativen von Rot-Grün, wie das Urwaldschutzgesetz und die Beschaffungsrichtlinie, das Aus - eine Katastrophe aus Sicht der Wälder. Wir drücken unseren Ärger über diese Entscheidung Schröders in einem offenen Brief aus.



Offener Brief an Ex-Kanzler Schröder

Sehr geehrter Herr Schröder,

vor sieben Jahren hatte ich in einem Editorial geschrieben: 'Kohl ist weg. Aus Sicht der Wälder weltweit kann nur Besseres nachkommen' - wobei Wald eine Metapher für den Umgang mit global begrenzten Ressourcen und bedrohten Kulturen ist. Jetzt ist auch Schröder weg. 'Vorzeitig hinge-schmissen, und mit der gewaltsam verkürzten Legislaturperiode die Vorarbeit zum Schutz der Wälder wie eine Luftblase zerplatzen lassen', werde ich jetzt schreiben müssen - besser war es unterm Strich ja nicht.

Wir erwarten von politischen Entscheidungsträgern, dass sie die großen Probleme unserer Zeit (die über berechnete individuelle Ängste und Sorgen einzelner BürgerInnen hinausgehen) erkennen und lösen helfen. Für uns sind die drängendsten Probleme die ungleiche globale Verteilung von Macht und Kapital, Vernichtung der Biosphäre, Klimawandel, Übernutzung natürlicher Ressourcen und vor allen Dingen mangelndes Bewußtsein über die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung.

Als Sie vor der Wahl im September um Vertrauen zur Fortsetzung Ihrer Arbeit für eine soziale und nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft geworben haben, haben Sie gepredigt, was Sie selbst nicht gelebt haben. Sonst hätten Sie in den sieben Jahren zuvor Ihrem Wirtschaftsminister an einigen entscheidenden Stellen den rechten Weg gewiesen und es Ihrem Umweltminister nicht so schwer gemacht. Nur einige Stichworte: Sozial-ökologische Kriterien bei Hermesbürgschaften, Ratifizierung der ILO169-Konvention, Energiewirtschaftsgesetz, Atomausstieg.

Einige Vorhaben, die im verbleibenden Jahr Ihrer vorgesehenen Regierungszeit noch zum Abschluss gekommen wären, haben Sie, um in der Ihnen geläufigen Autosprache zu bleiben, gegen die Wand gefahren. Unter Ihrer Kanzlerschaft hätten die 'Beschaffungsrichtlinien' sowie ein Urwaldschutzgesetz verabschiedet werden können - mit sofortigen positiven Auswirkungen auf Waldgebiete weltweit. **Darf man Sie für diesen von Ihnen verschuldeten Aufschub von vielleicht einem Jahr (wenn es unter der neuen Regierung überhaupt zu solchen Regelungen kommen kann) und den damit verbundenen weiteren Raubbau, einen Waldzerstörer nennen? Haften Sie für den angerichteten Schaden?**

Man sagt immer, das Volk wähle sich die Politiker, die es verdient. Bisher hat aber noch niemand gesagt, dass sich ein Politiker diesem Schicksal auch fügen muss - und nicht beherzt Antworten auf die Fragen der Zeit geben darf. Sie hätten in dieser 'Geiz ist geil'- und 'was geht mich dies und das an'-Zeit ein Zeichen setzen können. Stattdessen hat die Bundestagsverwaltung - die Behörde, deren oberster Dienstherr Sie in Berlin waren -, offensichtlich ohne über die Zusammenhänge zu reflektieren oder von der Idee des nachhaltigen Wirtschaftens allzusehr beseelt, Fenster aus illegal geerntetem Tropenholz bestellt.

Seit einigen Tagen wird diskutiert, ob Ihr vorzeitiger Abgang der abgekürzte Weg auf einen eventuell gut dotierten Aufsichtsratsposten war - was im Nachhinein betrachtet Ihre "Regierungsmüdigkeit" erklären würde. Mir persönlich haben Sie jedenfalls für die Zukunft ein großes Stück Politikverdrossenheit mit auf den Weg gegeben - und die Wälder um mindestens ein Jahr Schutzmaßnahmen beraubt.

Pro **REGENWALD**

Hermann Edelmann.

Forderungen an die Bundesregierung

Holzbeschaffungsrichtlinie

Eine Holzbeschaffungsrichtlinie, die allen Behörden vorschreibt, Holz nur aus nachprüfbar nachhaltiger Produktion anzuschaffen, anstatt sich am billigsten Angebot zu orientieren, wäre ein wichtiger Schritt zum Schutz der Wälder. Bisher setzt eine Entscheidung, die sich am Nachhaltigkeitsgedanken orientiert, eine freiwillige Selbstverpflichtung oder gesunden Menschenverstand voraus. In der letzten Legislaturperiode wurde eine solche Holzbeschaffungsrichtlinie vorbereitet, die einen Kriterienkatalog für die Holzbeschaffung des Bundes festlegt. Die Verabschiedung wurde durch Schröders Rückzug und die vorgezogene Neuwahl verhindert.

Die neue Bundesregierung muss diese Initiative aufgreifen und die Richtlinie zügig verabschieden. Die Bundesländer, die Kreise und Gemeinden sind ebenfalls aufgerufen, ihrerseits zur Beschaffung von ausschließlich nachhaltig produziertem Holz überzugehen. Als Orientierung kann die Beschaffungsrichtlinie des Bundes dienen.

Urwaldschutzgesetz

Der Entwurf eines Urwaldschutzgesetzes, das den Handel und Besitz von Holz aus illegalen Quellen strafbar macht, liegt aus der letzten Legislaturperiode vor. Auch wenn der Anwendungsbereich und das vorgesehene Strafmaß verbesserungswürdig sind, kann dieser Entwurf als Grundlage für ein Gesetz dienen, welches als Ergänzung zur Holzbeschaffungsrichtlinie zügig verabschiedet werden muss. Erst danach wird es möglich sein, den Handel mit Holz aus illegalen Quellen strafrechtlich zu verfolgen.

Sozial-ökologische Kriterien bei Hermesbürgschaften

Die Bundesregierung versichert mit den sogenannten Hermesbürgschaften Exporte deutscher Unternehmen in Entwicklungsländer gegen politische und wirtschaftliche Risiken. Zahl der Empfänger die Ware nicht, entschädigt die Bundesregierung das Unternehmen und rechnet dem Empfängerland den Betrag einschließlich Zinsen als Schulden an. Im Jahr 2000 wurden Bürgschaften in Höhe von 19,5 Mrd. Euro vergeben.

Bislang werden immer noch Bürgschaften für höchst fragwürdige Projekte vergeben, darunter Atomkraftwerke, Pipelines und Großstaudämme, die häufig im Zusammenhang mit großflächiger Naturzerstörung, Vertreibung und Menschenrechtsverletzung und wenig transparenten oder angemessen partizipatorischen Entscheidungsprozessen genannt werden.

Nach Ansicht von Entwicklungs- und Umweltexperten müssen als Entscheidungsgrundlage für diese Bürgschaften angemessene soziale und ökologische Kriterien eingeführt werden, die dann in einer transparenten Weise angewendet werden.

Ratifizierung der ILO169 Konvention

Durch ihr Mitwirken in internationalen Institutionen, bei Entwicklungsprojekten mit Beteiligung deutscher Institutionen und durch den Bezug unzähliger Rohstoffe trägt die Bundesrepublik Mitverantwortung für die Auswirkungen auf indigene Völker. Durch eine Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 169 muss die Bundesrepublik Deutschland Maßstäbe für eine neue Partnerschaft mit den Ureinwohnern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit setzen und dieses einzige verbindliche Vertragswerk stärken, das einen ganzen Katalog von Grundrechten der indigenen Völker festschreibt.